Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 26 (1934)

Heft: 12

Artikel: Die Abbaupolitik in Italien

Autor: Gridazzi, Mario

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352723

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Köpfe der deutschen Sozialwissenschaften, die in diesen Auseinandersetzungen zum Fechtgang antraten. Das gab dem Verein für Sozialpolitik trotz seiner Zurückhaltung bis in die Gegenwart hinein einen guten Namen. Wie nicht manche wissenschaftliche Gesellschaft hat der Verein dem Nationalsozialismus keine Reverenz erwiesen; zum Zeichen des stummen Protests löst er sich nun auf. Wie hätte er, zu dessen bester Tradition die Hochhaltung der wissenschaftlichen Freiheit gehörte, sich in eine Zeit hinüberretten können, in der SA-Drill, Wehrwissenschaft und Blut und Boden die entscheidenden Merkmale einer verkommenen deutschen « Kultur » darstellen?

Die Abbaupolitik in Italien.

Von Mario Gridazzi.

Neben Deutschland ist wohl die konsequente Deflationspolitik als Mittel zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Depression nirgends so systematisch durchgeführt worden wie im faschistischen Italien. Der mit unumschränkter Machtfülle ausgestattete Staat wurde in der Durchführung seines Programms von keiner Opposition und keiner Rücksichtnahme auf irgend welche sozialen Klassen durchkreuzt, er konnte seine Experimente ohne jeden politischen Widerstand durchführen. Die Resultate dieser Wirtschaftspolitik lassen deshalb ein ziemlich sicheres Urteil über ihren Erfolg zu, zumal diese Politik nun schon acht Jahre dauert.

Der im Jahre 1922 zur Macht gelangte Faschismus kümmerte sich zunächst wenig oder gar nicht um die Wirtschaft des Landes. Er überliess sie auch fernerhin dem von ihm so verpönten Kapitalismus. Die faschistische Wirtschaftspolitik datiert erst vom Jahre 1926 und wurde mit einer programmatischen Rede Mussolinis eingeleitet. Am 26. August 1926 verkündete er zu Pesaro sein wirtschaftliches Programm. Es enthielt die Forderung eines allgemeinen und auf allen Gebieten durchzuführenden Abbaues. Seine Hauptsorge galt in erster Linie der Stabilisierung der Lira und der im Zusammenhang damit stehenden Lohn- und Preissenkung. Die schon damals in ihrem Gleichgewicht gestörte italienische Wirtschaft sollte durch diese Massnahme den Anschluss an die internationalen Märkte wieder finden. Vor allem sollte aber auch die Lira der wilden Spekulation, der sie fortwährend ausgesetzt war, entzogen werden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die grossen Schwankungen der Lira in den Nachkriegsjahren, die auch unter der Herrschaft des Faschismus andauerten, ja dann sogar am grössten war. So war die italienische Währung noch im Jahre 1926 Gegenstand einer scharfen Spekulation. Sie erreichte in diesem Sommer einen vorher nie erlebten Tiefstand. Ihre Stabilisierung erfolgte nun im Anschluss an die

Programmrede von Pesaro. Aber um welchen Preis? Die im Verhältnis zu ihrer wirklichen Kaufkraft am internationalen Markt zu hoch stabilisierte Währung musste durch äusserste Einschränkung des Landes bezahlt werden. Der Druck auf die allgemeinen Lebenskosten wurde oberstes Ziel der Politik der Regierung, und die staatliche Notenbank setzte auch prompt mit einer ausgesprochenen Deflationspolitik ein. Sämtliche Preise sollten zunächst einmal von der Geldseite her gedrückt werden. Der Notenumlauf der Banca d'Italia wurde planmässig eingeschränkt und bis in die Gegenwart weitergeführt. Wie sehr diese eigentliche Deflationspolitik von seiten der Notenbank gefördert wurde, zeigen uns die folgenden Zahlen recht deutlich. Es betrug der Notenumlauf in Italien, in Millionen Lira, je auf Ende Dezember des betreffenden Jahres (Zahlen aus dem Annuario Statistico Italiano, 1934):

1926	18 340	1931	14 295
1927	17 992	1932	13 672
1928	17 295	1933	13 243
1929	16 774	1934	13 003
1930	15 680	(Durchschnitt Januar bis August)	

Im Zeitraum von 1926 bis 1933 ist demnach eine Schrumpfung des Notenumlaufes von über 5 Milliarden Lira eingetreten. Diese Schrumpfung verteilt sich auf alle Jahre, sie war aber vom Jahre 1929 an besonders ausgeprägt.

Neben dieser von der Notenbank geführten Beeinflussung der Preise liefen die Massnahmen zur Senkung der Produktionskosten parallel einher. Dem Preisdruck folgte der Lohndruck, wobei jetzt schon festgestellt sei, dass die Wirkung des Abbaues auf die Löhne sich viel rascher und allgemeiner auswirkte als die Senkung der Preise. Die erste von den faschistischen Gewerkschaften diktierten Lohnkürzungen erfolgten im Mai 1927 und betrugen sowohl für die Landwirtschaft wie für die Industrie 10 Prozent. Diese Kürzung, so wurde von der Regierung betont, entspreche dem gestiegenen Wert der Lira und vermindere die Realkaufkraft des Arbeitslohnes keineswegs.

Die so « angepassten » Löhne schienen aber immer noch zu hoch zu sein, denn nach wenigen Monaten wurde den Arbeitern eine zweite Senkung ihrer Löhne « proponiert ». Der grosse Faschistenrat war von den industriellen Unternehmern darauf aufmerksam gemacht, dass die Produktionskosten immer noch zu hoch seien. Eine zweite Senkung der Löhne sollte ihrem Wunsche entgegenkommen. Der Chef der Regierung liess durch Rundschreiben bekanntgeben, dass eine weitere Senkung der Kosten resp. der Löhne unumgänglich nötig sei. Diese solle diesmal nicht weniger als 10 Prozent und nicht mehr als 20 Prozent betragen, « da sie im ersten Fall dem verlangten Ausgleich nicht angemessen, im zweiten Fall aber die gegenwärtige Senkung der Lebenshaltungskosten unterschreiten würde ». Da Zweifel darüber entstanden

waren, ob der neue vorzunehmende Abbau dem bereits vorgenommenen zugezählt werden müsse oder aber unabhängig davon vorgenommen werden könne, erklärte das Direktorium der faschistischen Partei, dass « die neue Kürzung im ganzen nicht 20 Prozent überschreiten dürfe ». Wenn also bereits um 10 Prozent abgebaut worden war, so durften nunmehr neuerdings wiederum nur 10 Prozent gesenkt werden. Um aber eine möglichst « elastische » Handhabung seiner Bestimmungen im Interesse der Unternehmer zu sichern, erklärte dasselbe Direktorium einen Tag später, dass es die besondere Lage gewisser Industrien notwendig erscheinen lasse, über die festgesetzten 20 Prozent hinauszugehen. (Vgl. « Corriere della Sera », 8. Okt. 1927).

Damit war aber die Gestaltung der Löhne trotz der tariflich festgelegten Grundsätze mehr oder weniger der Willkür der einzelnen Unternehmer und Unternehmergruppen preisgegeben. Die Verhältnisse sind denn auch nicht für das ganze Land einheitlich, sondern wechseln von Provinz zu Provinz. Dass aber die Abbauwelle auch dann noch weiter ging, als die Regierung schon lange deren Ende verkündet hatte, geht indirekt aus einem Rundschreiben Mussolinis hervor, worin er laut « Regime fascista » vom 4. August 1928 erklärte, « dass sich nunmehr die Wirtschaftslage Italiens soweit gebessert habe, dass keine neuen Opfer von den Arbeitern mehr verlangt werden dürften ». Trotz dieser Erklärung sanken aber die Löhne weiter. Wir begnügen uns mit folgendem Hinweis. In seinen « Prospettive economiche » vom Jahre 1931 veröffentlichte Mortara die offiziellen Lohnindexzahlen. Darin wurden diese für das erste Halbjahr 1928 mit 545 angegeben, während die entsprechende Zahl für das erste Halbjahr von 1931 537 betrug. Eine, wenn auch leichte Senkung ist demnach ohne weiteres aus dem Vergleich dieser Zahlen ersichtlich. (In der Ausgabe 1932 seiner « Prospettive economiche » wurde durch Mortara allerdings für denselben Zeitraum statistisch eine Lohnerhöhung « nachgewiesen ». An Stelle der vorher für das erste Halbjahr 1928 angegebenen Indexzahl von 545 trat nun eine niedrigere, d. h. sie wurde nunmehr mit 530 angegeben. Die entsprechende Indexzahl für 1931 blieb aber unverändert, womit ohne weiteres « bewiesen » war, dass die Löhne dieser Periode um 7 Punkte gestiegen waren.)

Betrachten wir nunmehr die dritte von der Regierung angeordnete Lohnsenkung. Sie wurde im November 1930 angezeigt und trat im Dezember desselben Jahres in Kraft. Vom Lohnabbau wurden diesmal in erster Linie alle Staatsbeamten betroffen. Ihre Gehälter wurden um 12 Prozent gesenkt. Darüber hinaus richtete die Regierung an die Gemeindeverwaltungen den Wunsch, ihren Beamten die Löhne ebenfalls im gleichen Ausmasse zu kürzen. Im unmittelbaren Anschluss an diesen beim Staatspersonal durchgeführten Lohnabbau erhielten auch die privaten Unternehmer wiederum die Erlaubnis, eine neue Senkung der Löhne ihrer Ar-

beiter vorzunehmen. Für die Industrie sollte dieselbe 8 bis 10 Prozent, für die Landwirtschaft hingegen 15 bis 20 Prozent betragen. Aber auch hier sollte es sich nicht um starre Prozentzahlen handeln, die für alle Betriebe massgebend sein sollten. In der Erklärung des Direktoriums der Partei wurde nämlich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Lohnsenkung « nicht mathematisch berechnet werden könnte »; mit andern Worten, auch hier war wiederum der Willkür der einzelnen Unternehmer freie Bahn gelassen, dies um so mehr, als die neue Verordnung ausdrücklich bestimmte, dass nur die 100prozentig Leistungsfähigen Anspruch auf diese Löhne machen dürften. Der Entscheid darüber, wer im einzelnen Betrieb 100prozentig leistungsfähig sei, blieb aber dem einzelnen Unternehmer überlassen. Diese Instruktion wurde namentlich für die Landarbeiter aufgestellt, und von der faschistischen Gewerkschaft der Landwirte ausdrücklich gutgeheissen. (Vgl. « Lavoro fascista », 6. Dez. 1930.)

In welchem Masse die Löhne in Italien seit Beginn der faschistischen Wirtschaftspolitik bis zum Jahre 1932 gesenkt wurden, können wir am besten an Hand der italienischen Presse nachweisen. So liess sich zum Beispiel Biagi, damals Sekretär des Industrieverbandes, am 29. März 1932 im « Corriere della sera » folgendermassen vernehmen. Er erklärte, dass die Löhne der Arbeiter vom Juni 1927 bis zum Dezember 1928 um zirka 20 Prozent gesenkt worden seien. Eine weitere Senkung von zirka 10 Prozent habe im Jahre 1929 stattgefunden. Die so abgebauten Löhne hätten im November 1930 eine neue Kürzung erfahren, die « in einigen Fällen 18 Prozent nicht überschritt, in einigen andern aber 25 Prozent erreichte ». Er erklärte ferner, dass auch im Jahre 1931 « viele andere Anpassungen » stattgefunden hätten. So erlaubte sich auch ein Funktionär der faschistischen Gewerkschaft, De Marsanich, am 7. März 1932 in der italienischen Kammer zu erklären, dass seit vier Jahren durch verschiedene Tausende Arbeitsverträge in allen Produktionszweigen die Löhne systematisch abgebaut worden seien und dabei bemerkenswerte Prozentsätze erreicht worden seien. Er fügte fener bei, « dass die Zusammenarbeit der Klassen nicht als Opfer der einen Klasse zugunsten der andern verstanden werden dürfe ». Im « Lavoro fascista » vom 2. Juni 1933 bestätigte sodann Clavenzani, dass die Gewerkschaften im Laufe der letzten fünf Jahre den Unternehmern neben den im Jahre 1927 schon gesenkten Löhnen folgende Lohnkürzungen zugestanden hätten: Glaser 30—40 Prozent, Baumwollarbeiter 40 Prozent, Wollarbeiter 27 Prozent, Arbeiter der Hanf- und Juteindustrie 30 Prozent, Metallarbeiter 23 Prozent, Bauarbeiter 30 Prozent, Holzarbeiter 18 Prozent, Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgungs-Industrie 22 Prozent, Buchdrucker 16 Prozent, Möbelindustrie 20 Prozent.

Wir wiederholen, diese Angaben stammen aus der faschisti-

schen Presse, der Einwand, dass es sich hier um Tendenzzahlen handle, kann deshalb nicht erhoben werden. Ganz besonders stark wurden die Löhne der Landarbeiter von den Lohnsenkungen betroffen, die in einzelnen Provinzen im Zeitraum von 1926—1932 bis zu 40, 50, ja 60 Prozent betrugen.

Damit war aber die Abbaupolitik der italienischen Regierung noch nicht am Ziele. Trotz dieser zum Teil rigorosen Massnahmen gelang es ihr immer noch nicht, eine Besserung der Wirtschaft, vor allem der Handels- und Zahlungsbilanz, zu erreichen. Die Erfolglosigkeit der bisher befolgten Massnahmen hätte ihr allerdings die Augen darüber öffnen sollen, dass unter den heute obwaltenden Umständen im internationalen Warenverkehr auch eine weitere Senkung der Löhne und Preise kaum zum erwünschten Erfolg führen könne. Trotzdem entschloss sich die Regierung, im April dieses Jahres, eine weitere Lohnkürzung vorzunehmen. Durch Dekret vom 14. April 1934 wurde im Hinblick auf die besorgniserregende Lage der Staatsfinanzen ein neuer Abbau der Löhne, namentlich der Staatsbeamten und der dem Staat in irgend einer Form unterstellten Betriebe, vorgenommen. Das Dekret sah für die Mitglieder der Regierung einen Abbau von 20 Prozent vor. Die Lohnklassen mit einem Monatsgehalt von 500—1000 Lira wurden um 6 Prozent, diejenigen von 1000—1500 Lira um 8 Prozent, diejenigen von 1500—2000 Lira um 10 Prozent und endlich diejenigen über 2000 Lira monatlich um 12 Prozent gekürzt. Von den Kürzungen wurden ferner alle Pensionen, die vom Staat bezahlt werden, mit 12 Prozent betroffen. Aber nicht nur die Beamten, sondern auch die in Gemeindebetrieben, staatlichen Werkstätten, öffentlichen Unternehmen beschäftigten Arbeiter mussten ihren Tribut neuerdings entrichten. Dazu kamen auch diesmal wieder die Beamten und Arbeiter der entsprechenden Kategorien in den Provinzen und Gemeinden.

Wir verzichten darauf, an Hand von Zahlen die Entwicklung der bezahlten Löhne in Italien festzuhalten. Dafür sind zwei Gründe massgebend. Erstens kommt es uns in erster Linie darauf an, Art und Richtung der Abbaupolitik der italienischen Regierung darzustellen. Dabei kann es sich weniger um die Erörterung eines Mehr oder Weniger des Abbaus handeln, sondern um ihre grundsätzliche Einstellung und um die daraus entstandene Wirkung auf die übrigen Faktoren der Wirtschaft. Zweitens scheint uns eine statistisch einwandfreie Darstellung dieser Bewegung der Löhne an Hand der vorhandenen Zahlenreihen nicht besonders geeignet zu sein. Jede Lohnstatistik bietet ohnehin schon eine Menge von Schwierigkeiten, die einwandfreie Vergleiche ausserordentlich erschweren. Im vorliegenden Falle wurde zudem noch durch eine stets wechselnde Basis ein wirklicher Vergleich mit der früheren Entwicklung stark getrübt, wenn nicht verunmöglicht.

Wir verzichten ferner darauf, auf eine in unserem Zusammenhang nur sekundär wichtige Beziehung zwischen den gesunkenen Löhnen und den gesunkenen Preisen, bzw. Lebenshaltungskosten, näher einzutreten. Die italienische Presse weist zwar immer wieder und namentlich seit dem Frühjahr dieses Jahres mit steigendem Nachdruck darauf hin, dass wohl die Nominallöhne in Italien gesunken seien, dass aber der Reallohn tatsächlich höher stehe als in den Jahren 1928 und 1929. So werden in der « Organizzazione industriale » vom 7. April 1934 folgende Zahlen genannt. Nach ihrer Aufstellung sank der Lohnindex der durchschnittlichen Nominalstundenlöhne im Durchschnitt des Zeitraums vom August 1928 bis Juli 1929 bis zum Dezember 1933 um 9,7 Prozent, während der nationale Index der Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum um 20,9 Prozent gesunken sei. Darnach würde also der Reallohn des italienischen Arbeiters trotz dem vom Jahre 1928 an bemerkenswerten Lohnabbau um 14,2 Prozent gestiegen sein. Wir glauben aber berechtigt zu sein, diesen Zahlen mit einigen Zweifeln zu begegnen, und möchten auch hier auf Grund anderer, ebenfalls aus Italien stammender Mitteilungen unsere Bedenken begründen. Auf die « Korrektur », die Mortara in seinen « Prospettive » in bezug auf den Lohnindex des Jahre 1928 vorgenommen hat, haben wir bereits aufmerksam gemacht.

Salvemini hat nun in einer Arbeit, erschienen im Heft 8 der « Giustigia e Liberta », 1933, des weiteren auf folgende Veränderungen der Lohnindices nachgewiesen. Bis zum Jahre 1927 wurden zur Berechnung dieser Indices Löhne verunfallter und beim Nationalen Versicherungsinstitut versicherten Arbeiter zugrunde gelegt. Die Angaben bezogen sich auf ganz Italien und wurden auf Grund der ausbezahlten Prämien berechnet. Im März 1928 wurde die Aufstellung der Lohnindices dem Verband der Industriellen anvertraut. Für das Jahr 1927, wo, wie bekannt, ein mindestens 20prozentiger Lohnabbau durchgeführt worden war, wurden nur zwei Indices angegeben, für jede Jahreshälfte einen. Aus der Veröffentlichung von 1928 konnte man dann erfahren, dass die Löhne von der zweiten Hälfte 1927 bis zur ersten Hälfte 1928 von 584 auf nur 545, also um bloss 5 Prozent gesunken waren. Tatsächlich war aber der vorgenommene Lohnabbau um ein vielfaches grösser. (Vgl. dazu auch Mortara, « Prospettive », 1929, S. 454.)

Was nun die Indexzahlen der Lebenshaltung anbetrifft, so verhält es sich ähnlich. Bis zum Jahre 1926 wurden sie von der Gemeinde Mailand berechnet. Im Februar 1927 wurde hingegen mit der Berechnung dieser Indices Prof. Gini, ein ausgesprochener Freund der Industriellen, betraut. Gini hatte vorher im Namen der Industriellen gegen die Berechnungen von Mortara Stellung genommen, und es ist interessant, festzustellen, dass Mortara auf diesen Angriff von Gini mit dem Hinweis darauf antwortet, dass

« die interessierten Teile am wenigsten geeignet seien, eine unabhängige Meinung zu haben » (Prospettive 1926, Seite 453). Dass kurze Zeit später derselbe Mortara seine eigenen Berechnungen einstellte und diejenigen des vorher von ihm als unobjektiv bekämpften Gini übernahm, beweist also kaum die Richtigkeit der Zahlenreihen. Der von Gini aufgestellte Index der Lebenshaltungskosten sank nun tatsächlich in « erfreulichem » Masse. Er betrug im Januar 1927 655 um im Dezember desselben Jahres auf 531 zu fallen. Er hatte also in der Zeitspanne eines Jahres 19 Prozent abgenommen.

Trotzdem scheint die Senkung der Preise von der Bevölkerung nicht bemerkt worden zu sein. So schrieb auch Mortara (Prospettive 1930, Seite 518), dass das Charakteristikum während der Jahre 1928 und 1929 in Italien der Gegensatz zwischen der Erhöhung der Lebenskosten und der Senkung der Löhne gewesen sei. Und im « Lavoro fascista » vom 21. November 1930 stand zu lesen: « während die Löhne von 1928 an eine fortwährende Senkung aufweisen, bleiben die Kosten der Lebenshaltung tatsächlich gleich, wenn sie sich nicht um einige Punkte erhöht haben, während die Mietzinse tatsächlich gestiegen sind ». Und am 25. November stand in derselben Zeitung: « Wir wollen nur hoffen, dass die Senkung der Lebenskosten nicht wieder, wie andere Male (d. h. also im Jahre 1927), bereits zum Stillstand gekommen sei, dass es sich nicht um die rasch auflodernde Flamme handle, die bald wieder erlösche ». Und der « Corriere della sera » vom November 1930 erklärte: « Die Bevölkerung hat in zweifacher Hinsicht Kürzungen auf sich genommen: diejenige einer 10prozentigen Senkung ihrer Löhne in der Zeit von 1922—1926, sie verlor ferner zwischen 1927 und 1933 mindestens 25 Prozent und konnte deshalb im Jahre 1932 mit ihren Löhnen unzweifelhaft weniger Güter kaufen als um 1922 ».

Und zum Schluss noch ein Urteil aus den « Problemi del lavoro », wo im Juni 1931 gesagt wird, dass die Maschine des Abbaus in bezug auf die Löhne und Gehälter wohl sehr gut gearbeitet habe, dass sie es aber nicht verstanden habe, die Preise der Konsumgüter im selben Masse zu senken. Wir dürfen also auf Grund dieser Urteile, auf Grund aber auch der Erfahrungen, die man in dieser Hinsicht immer gemacht hat, wohl behaupten (vergleiche die Preis- und Lohnabbauaktion Brünings im Jahre 1931 in Deutschland), dass man wohl die Löhne durch Machtspruch senken kann, dass sich aber dasselbe auf dem Gebiet der Preise, ganz abgesehen von den natürlichen Widerständen der Betroffenen, aus ökonomischen Gründen weniger konsequent durchführen lässt.

Im übrigen scheint auch Mussolini selbst die Fragwürdigkeit seiner eigenen Statistik zu kennen. Anders sind wohl seine wiederholten Hinweise in seiner Rede vom April dieses Jahres auf die

Brauchbarkeit der errechneten Indices und die über allem Zweifel erhabene Objektivität ihrer Schöpfer in bezug auf die Löhne und Lebenshaltungskosten nicht zu verstehen. Es muss ferner etwas sonderbar anmuten, wenn er in derselben Rede seinen Senatoren in Erinnerung ruft, dass er die Lohnangaben der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes entnehme, das keinerlei Interesse daran habe, das faschistische Italien zu favorisieren. Dabei musste er ja wissen, dass die vom Internationalen Arbeitsamt verarbeiteten Zahlen den italienischen Berichten entnommen sind. Es muss ferner auffallen, dass trotz der Behauptung, dass der Reallohn gestiegen sei, auch Mussolini in seiner Rede immer wieder betont, dass diese « Opfer der Arbeiterschaft » im Interesse des Landes gebracht werden müssen, um «die Schlacht auf den internationalen Märkten zu gewinnen und um den Export zu steigern » (vergl. «Organizzazione industriali» vom 2. Juni 1934). Entweder sind die Lebenskosten stärker gefallen als die Löhne, dann bringen aber die Arbeiter keine Opfer, sondern sie können trotz abgebauten Nominallöhnen mehr kaufen, oder aber die Preise konnten nicht dermassen gesenkt werden und stimmen also mit den offiziell angegebenen Indexzahlen nicht überein. Zu dieser Ansicht scheint übrigens in früheren Jahren auch Mortara gekommen zu sein, so wenn er im Jahre 1932 in bezug auf die Lohnstatistik sagt: «Was die Löhne anbetrifft, so haben wir einige Zweifel auf die Brauchbarkeit der berechneten Daten, und wir halten dafür, dass die tatsächliche Kürzung grösser gewesen sei als die ausserordentlich bescheidene, die sich aus den angeführten Zahlen ergibt ».

Wichtiger ist nun die Frage nach der Wirkung dieser konsequent durchgeführten Deflationspolitik. Wir begnügen uns hier mit dem Hinweis auf verschiedene Zahlen aus zentralen Wirtschaftsgebieten. Zunächst sei festgehalten, dass trotz der rigorosen Lohn- und Preissenkungen der Export Italiens nicht gefördert werden konnte. Er war, wie der Export anderer Länder, einer mindestens so grossen, wenn nicht noch grössern Schrumpfung unterworfen. So erklärt denn auch Mussolini in seiner bereits angeführten Rede: « Unsere Handelsbilanz steht schlecht ». Die Wareneinfuhr nach Italien betrug:

1928	22	Milliarden	Lira
1929	21	»	»
1930	17	»	»
1931	11	»	»
1932	8	»	»
1933	7	»	412 Millionen Lira.

In bezug auf die Ausfuhr teilte er folgende Zahlen mit:

in Millionen Lira

1928	14 998	1931	10 109
1929	15 935	1932	6 811
1930	12 119	1933	5 979

Der Export sank also im Zeitraum von 5 Jahren um annähernd 30 Prozent, und auch für das Jahr 1934 musste er feststellen, dass sich die Situation keineswegs gebessert habe, da bereits die vier ersten Monate des Jahres ein Handelsbilanzdefizit von 966 Millionen Lira ergeben habe. In derselben Rede musste er ferner gestehen, dass Italien auch heute, trotz der neuerdings geforderten Opfer, die Konkurrenz mit der entwerteten Valuta Amerikas und Japans immer noch nicht aufnehmen könne.

Auch die Zahl der Arbeitslosen lässt erkennen, dass die Deflationspolitik in keiner Weise den Arbeitsmarkt des Landes entlasten konnte. Wurden für das Jahr 1927 an Arbeitslosen (Vollarbeitslose) 278,484 gezählt, so stieg die entsprechende Zahl im Jahresdurchschnitt für die folgenden Jahre auf:

1928	324 422	1931	734 454
1929	300 787	1932	1 006 442
1930	425 437	1933	1 018 955

Die Arbeitslosigkeit betrug auch in den Sommermonaten Juli und August dieses Jahres, trotz der saisonalen Entspannung des Arbeitsmarktes, rund 870,000 Arbeitslose. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit wird übrigens auch durch die steigenden Ausgaben des Staates zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten, die im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgebracht wurden, besonders unterstrichen.

Wenn wir das durch das Defizit der Handelsbilanz bedingte Defizit der Zahlungsbilanz sowie die durch erhöhte Arbeitslosigkeit und gesunkene Produktivität, also gesunkene Einnahmen des Staates, geschaffene finanzielle Lage des Staatshaushaltes betrachten, so sind die im Laufe der Jahre entstandenen Defizite sehr leicht zu erklären.

(Angaben nach Mortara, « Prospettive », 1934, Seite 562:)

Rechnungsjahr	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuss	Staatsschuld			
	in Millionen Lire						
1925/26	21,293	20,825	+ 468	91,309	am	30. Juni	1926
1926/27	21,450	21,014	+ 436	90,664	»	30. »	1927
1927/28	20,072	19,575	+ 497	86,446	»	30. »	1928
1928/29	20,201	19,646	+ 555	87,124	»	30. »	1929
1929/30	19,838	19,668	+ 170	87,949	»	30. April	1930
1930/31	20,387	20,891	— 504	91,442	»	30. »	1931
1931/32	19,324	23,191	— 3,867	95,572	»	30. »	1932
1932/33	18,217	21,766	— 3,549	97,215	»	30. »	1933
1933/34 (11 Monate)	16,039	22,842	— 6,803	102,224	»	31. Mai	1934

Die Betrachtung der Zahlenreihen zeigt uns eine zunächst konstante, aber vom Jahre 1931 an ständig abnehmende Summe der Einnahmen gegenüber einer vom Jahre 1930 an ständig zunehmende Summe der Ausgaben. Um die im Zusammenhang damit stehende sprunghafte Zunahme der öffentlichen Schuld resultiert mehr oder weniger direkt aus diesen Staatsdefiziten, die durch

Anleihen gedeckt wurden. Besonders auffallend ist diese seit dem Jahre 1928 ständig zunehmende innere Schuld Italiens, die allein vom 30. Juni 1930 bis zum 31. Mai 1934 die gewaltige Zunahme von 14,275 Milliarden zu verzeichnen hat. Bei der Betrachtung der Einnahmen ist zudem festzustellen, dass die Steuerschraube in Italien vorderhand nicht mehr angezogen werden kann. Hat doch selbst Mussolini in seiner Rede, die er in diesem Frühjahr vor der Kammer hielt, erklärt, dass die Steuerbelastung in Italien an ihre äusserste Grenze gelangt sei, und dass man «für einige Zeit den italienischen Steuerzahler in absoluter Ruhe lassen müsse», wenn man ihn nicht unter der Steuerlast erdrücken wolle. Eine Durchsicht der Ausgaben ergibt sodann in ihren Hauptposten den Zinsendienst der übernommenen Schulden, sowie namentlich auch die Ausgaben für Militär und nationale Erziehung, was wohl in engem Zusammenhang miteinander stehen wird. Ferner sind in den letzten Jahren nennenswerte Ausgaben für öffentliche Arbeiten gemacht worden. Das stetige Anwachsen der Ausgaben bei sinkenden Einnahmen und sinkender Lebenshaltung lässt wohl die Annahme zu, dass auch der autoritäre Staat für Verwaltung und anderes mehr sich nicht so recht nach der Decke zu strecken vermag.

Gravierender und für die Wirtschaft des Landes schwerer wiegt aber die Tatsache der zunehmenden Defizite in der Zahlungsbilanz, die sich namentlich in den letzten Monaten durch einen stärkeren Goldabfluss angekündigt hat. Seit der Stabilisierung der Lira gelang es der Bank von Italien erstmals im Jahre 1933, ihren Goldbestand zu erhöhen. Noch im Mai dieses Jahres war die italienische Währung mit 53,6 Prozent durch Gold und Golddevisen gedeckt. Seit Ende 1933 ist aber der Gold- und Devisenbestand der Banca d'Italia, der im Dezember 1933 7397 Milliarden betrug, auf 6117 Milliarden gesunken. Die Banca d'Italia hatte somit im Verlauf dieser Monate einen Verlust von annähernd 1,3 Milliarden zu verzeichnen. Heute erreicht die Deckung der Noten noch 46 Prozent. Das braucht noch in keiner Hinsicht gefahrvoll zu sein, es könnte aber der italienischen Lira angesichts des andauernden Goldabflusses und des Fehlens objektiver Anzeichen für eine Besserung der Zahlungsbilanz zum Verhängnis werden.

Trotzdem auf allen Gebieten der Wirtschaft die Deflationspolitik zu keinen Erfolgen geführt hat, scheinen die verantwortlichen Stellen in Italien diese Politik auch weiterhin fortzuführen. Die Banca d'Italia hat am 26. November ihren Diskontsatz von 3 auf 4 Prozent erhöht. Das bedeutet eine radikale Wendung in der bis zur Konvertierung bestehender Schulden gehandhabten Politik der Zinssenkung. Durch die Konversion gelang es der Bank, die Zinsen als Kostenfaktor herabzusetzen und so in Einklang mit der ganzen Politik der Preissenkung zu bringen. Da-

durch hat sie sich die Möglichkeit, ihre Deflationspolitik fortzusetzen, offen gehalten. Der erhöhte Diskontsatz soll nun offenbar eine restriktive Wirkung ausüben. Das Geld soll durch die neueste Notenbankpolitik Italiens verteuert werden, um jene Schrumpfung der Wirtschaft herbeizuführen, die der immer kleiner werdenden Goldreserve der Notenbank zu entsprechen scheint.

Die dargelegten Ausführungen beanspruchen nicht, ein vollständiges Bild der italienischen Wirtschaft gegeben zu haben. Sie versuchen vielmehr, die Frage, ob konsequente Deflationspolitik ein gangbarer Weg aus der heutigen Krise bedeutet, oder ob er nicht letzten Endes zum Bankrott der Wirtschaft führen muss, zu beantworten. Die dargelegten Zahlen beweisen deutlich, dass Italien dank seiner Deflationspolitik sich schon seit dem Ende 1926 in einer latenten Krise befand, und durch diese Deflationspolitik bereits schon geschwächt war, so dass es der allgemein einsetzenden Wirtschaftskrise vom Jahre 1929 an weniger Widerstand entgegensetzen konnte, ja, dass die Wirkungen des nunmehr einsetzenden Preisdruckes die italienische Wirtschaft doppelt empfindlich getroffen und geschädigt hat.

Die Zahl der Unterschriften für die Kriseninitiative

verglichen mit derjenigen für die Krisensteuer und für das Referendum gegen das Lohnabbaugesetz.

Ergebnisse nach Kantonen und Bezirken.

Bezirke	Krisensteuer	Lohnabbau	Kriseninitiative
Kanton Zürich:			
Affoltern	561	868	867
Andelfingen	827	687	1,574
Bülach	2,007	2,082	2,859
Dielsdorf	923	1,266	1,285
Hinwil	2,690	2,321	3,800
Horgen	3,722	4,207	3,806
Meilen	1,950	1,607	2,449
Pfäffikon	1,086	1,187	1,791
Uster	1,521	1,435	2,911
Winterthur	9,630	9,391	9,458
Zürich	27,184	26,541	29,460
(Von der RGO)	—	13,663	—
Total	52,101	65,255	60,260
Kanton Bern:			
Aarberg	1,135	1,527	1,909
Aarwangen	2,801	3,190	4,822
Bern	16,809	20,049	21,883